



# Gesundheit ist ein hohes Gut

---

## **MIDI-Jobber werden bei den Sozialabgaben, Steuern und der späteren Rente bevorteilt** (Juli 2019)

In der gegenwärtigen Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel hat die SPD das Sagen. Eine weitere sozialistische Regelung für das entsprechende Wählerpotential hat ab 1. Juli in unserem Land Einzug gehalten. Niedrigere Abgaben in der Sozialversicherung und bei den Steuern (insgesamt 17 % des Gehalts, gestaffelt bis zu 1.300 EURO monatlich) ist ohne viel Öffentlichkeitsarbeit in Kraft. Dabei hat sich Arbeitsminister Heil noch ein zusätzliches Bonbon ausgedacht. Bisher galt: Den geringeren Beiträgen an die Rentenversicherung entsprach auch eine geringere Rentenanwartschaft. Schließlich gilt bei der Gesetzlichen Rentenversicherung das Gesetz, dass die Rentenhöhe von den Einzahlungen abhängt. Mit diesem Prinzip wird nun gebrochen. Die vollbeschäftigten Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitnehmerinnen, die wöchentlich die Hälfte der Arbeitszeit eines Ganztagsbeschäftigten leisten, müssen nach wie vor die jährlich steigenden Sozialversicherungsbeiträge finanzieren.

Denn auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung zahlen diese „Jobber“ bei einem Monatseinkommen unterhalb der 1300 Grenze geringere Beiträge als der reguläre Arbeitnehmer, erhält aber trotzdem alle Leistungen, die in der GKV vorgesehen sind.

Von der Neuregelung profitieren rund 3 Millionen Beschäftigte in unserem Land. Wahltaktik ist der reale Hintergrund der Parteien in der Koalition, denn wir haben bald wichtige Landtagswahlen in Ostdeutschland. Die Sozialdemokraten hoffen, mit diesem „Bonbon“ beim Wähler punkten zu können. Den Steigbügel dafür halten Angela Merkel mit ihrer fast unterwürfigen Fraktion im Deutschen Bundestag.

Haben Sie, verehrte Leser, von dieser Nacht- und Nebelaktion irgendetwas von den Öffentlich-Rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten oder von der schreibenden Presse gehört oder gelesen? Ja, die Verbandsebene, deren Mitglieder nunmehr das Gesetz umsetzen müssen, machten auf diese Neuregelung in der Öffentlichkeit aufmerksam.

Bad Bevensen, 4. Juli 2019

Günter Steffen